

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.  
Erscheint seit dem Jahre 1841.



für die Königl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das  
sowie für das Königl.

Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Forstrentamt zu Tharandt. Postk.-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Verantwortl. Red.: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 223.

Dienstag den 24. September 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

## Erneute englische Angriffe bei Epigny abgewiesen.

### Wenn Belgien 'befreit' würde.

Man will sich im Lager der Westmächte nicht daran genügen lassen, durch schroffe Ablehnung der neuesten Variante die Öffentlichkeit britisch-französischer Friedensliebe ihrer wahren Beschaffenheit nach an den Tag zu legen. Auch Deutschland soll durchaus in diesem Zusammenhang etwas am Zeug gefickt werden, und da sich nach allem, was bekannt geworden ist, doch nicht mehr gut behaupten läßt, daß die österreichische Friedensankündigung eigentlich in Berlin ausgeht worden sei, ist man auf ein anderes Ausfallmittel verfallen. Die belgische Regierung wurde vorgeschoben mit der Behauptung, daß ihr von Deutschland ein Sonderfriedensangebot gemacht worden sei, das man — selbstverständlich — abgelehnt habe. Der bayerische Graf Lörring, den verwandtschaftliche Beziehungen zu den Wittelsbachern auch mit dem belgischen Königshaus in Verbindung gebracht haben, soll in diesem Fall als Vermittler aufgetreten und abgewiesen worden sein. Die Regierung in Le Havre stellt jetzt allerdings ausdrücklich fest, daß sie keinen formellen Vorschlag aus Berlin erhalten habe, sie beruft sich nur auf indirekte Mitteilungen über die Absichten der deutschen Regierung, die bereit wäre, Belgien freizugeben gegen bestimmte Zugeständnisse der Flamen, sowie gegen Wiederherstellung der früheren Handelsbeziehungen, die aber überdies die Lösung kolonialer Fragen mit dem endgültigen Schicksal des Landes verknüpfen wolle, ohne ihrerseits der Entschädigungspflicht gegenüber Belgien überbaut zur Erwähnung zu tun. Die Regierung in Le Havre habe die Verbündeten sofort von diesen Mitteilungen verständigt, die keiner ernsthaften Diskussion als Grundlage dienen könnten, weil sie alle Erklärungen, die die Unabhängigkeit Belgiens angerechen lassen, unbrauchbar machten. Die belgische Regierung werde an ihrem im Januar formulierten Programm unabänderlich festhalten. Da von der Gegenseite ausgehen wird, daß ihr ein formeller Vorschlag der kaiserlichen Regierung nicht untergegangen ist, braucht man sich mit dieser anständigen Verleumdung eigentlich nicht weiter zu befassen. Wer wollte wohlneinende Privatleute daran verhindern, wenn sie sich im Interesse des Friedens bei diesem oder jenem unserer Feinde ins Zeug legen wollen, vorausgesetzt nur, daß sie jeden Schein einer amtlichen Ermächtigung zu ihrem Vorgehen gewissenhaft vermeiden. Von einer Persönlichkeit, wie dem Grafen Burian, darf man ohne weiteres annehmen, daß er diese selbstverständliche Grenze nicht überschritten hat. Findet er mit seinen Vorstellungen oder Fragen nicht das Ohr der belgischen Regierung, so wird diese die Verantwortung für ihre Ortsmäßigkeit zu tragen haben. Im Augenblick stellt sie sich das vielleicht noch leichter vor, als es später unter dem Druck der Wirklichkeit sein könnte — wenn es den Westmächten etwas wider Erwarten gelingen sollte, unter Feldherrn aus Frankreich herauszubringen und zum Vordringen durch Belgien zu nötigen. Dann würde Belgien noch einmal die Schrecken des Krieges durchzumachen haben, aber nicht wieder im Range sozusagen wie im Herbst des Jahres 1914. Die Herren haben inzwischen aus russischen und aus französischen Erfahrungen lernen können, wie gründlich Hindenburg sich auch auf das Festhalten versteht, wenn die augenblickliche Kriegslage ihn zwingt, seine Schritte einmal rückwärts zu lenken. Das sind bittere Kriegserfahrungen, denen kein Heldherz sich entziehen kann, auch nicht aus Rücksicht darauf, daß er hinterher vom Feinde, wie es jetzt immer wieder die Franzosen tun, verbrecherischen Barbarentums beschuldigt werden könnte. Also, wenn unsere Truppen Flandern und Wallonien wieder räumen müßten, dann würde es dem Lande, das jetzt seit vier Jahren sich einer gedrückten und im höchsten Grade fürsorglichen Verwaltung zu erfreuen hat, schwerlich zu bekommen. Aber auch seine eigenartigen „Gefreier“, die Engländer und Franzosen, die Italiener und Amerikaner dürften wohl nicht gerade wie eine fromme Prozession hinter uns herziehen. Sie müßten schon von ihren Kanonen und Maschinengewehren, von ihren Bomben und Flammenwerfern einen ziemlich reichlichen Gebrauch machen, wenn sie Antwerpen und Brüssel, wenn sie Gent und Brügge, und wenn sie Lüttich und Namur wieder in ihre Gewalt bekommen wollten. Was danach von den belgischen Städten und Dörfern, von seinen Kunst- und Wobensächten, von seinen Schönheiten und Reichthümern noch übrigbleiben würde, das scheint die Regierung von Le Havre sich noch nicht hinreichend überlegt zu haben. Unsere Feinde reden in bewusster Wästel von Belgien niemals anders als von dem verwahrlohten Belgien, während in Wahrheit die Spuren des Jahres 1914 längst wieder getilgt sind. Wenn es zur Verwüstung des Landes kommen sollte, dann werden die Westmächte diesen Erfolg ihrer menschenfreundlichen Rettungsarbeit auf ihr Schuld-

konto zu buchen haben. Auch das belgische Volk dürfte von dieser Erkenntnis jetzt noch ziemlich weit entfernt sein; wenn es aber erst einmal ernst werden sollte mit seiner „Befreiung“ durch Foch und Haig, dann werden ihm die Augen rasch genug aufgehen.

So stehen die Dinge; darüber helfen alle stolzen Ministerworte nicht hinweg. Wenn Graf Lörring die belgische Regierung auf diesen Fallbeleg hingewiesen haben sollte, dann würde er sich damit ein Verdienst um Belgien erworben haben. Die Verblendung in der Welt ist freilich niemals ärger gewesen, als in unserem Angehörigen so aufgeklärten Jahrhundert. Im Falle Belgien aber soll für alle Zukunft daran festgehalten werden, daß es den verantwortlichen Führern des Volkes auch jetzt wieder an ehrlichen Warnungen nicht gefehlt hat, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß man selbst in belgischen Regierungskreisen kaum darauf hofft, daß Belgien durch die Westmächte „befreit“ werden kann.

### Die Krise.

#### Interfraktionelle Beirathungen.

21. September.

Die Nachricht von einer von den Mehrheitsparteien geplanten Parlamentarisierung der Regierung, die das Leipziger Tageblatt verbreitet hat, ruft natürlich die gesamte deutsche Presse auf den Plan. Das für und Wider wird mit echt deutscher Gründlichkeit erörtert, als gäbe es draußen gar keinen Feind und als sei gegenwärtig die Änderung der Verfassung die wichtigste Aufgabe unseres Volkes. Dabei ist die Luft erfüllt von Gerüchten, die wie immer von der Reichshauptstadt ihren Ausgang nehmen. In parlamentarischen Kreisen, die auf dem Standpunkt stehen, man müsse die Sozialdemokratie an der Verantwortlichkeit teilnehmen lassen, erklärt man, daß mit einer Kanzlerreise nicht gerechnet werde, wenn Graf Hertling bereit ist, eine parlamentarische Regierung zu bilden, wie sie von jenen Kreisen gewünscht wird. Man zweifelt indessen daran, daß Graf Hertling gewillt ist, auf dem schon beschrittenen Wege der Parlamentarisierung noch weiterzugehen und für diesen Fall hält man Ausschau nach einem Kandidaten. Es verlautet dem auch, daß Graf Hertling es ablehne, Sozialdemokraten in die Regierung aufzunehmen.

Was auch immer vorgehen mag, die neue Woche wird die Entscheidung bringen; sie wird die Krise endlich lösen, die sich nachgerade lähmend in unserm politischen Leben bemerkbar macht. Bislangler v. Bomer hat übrigens gestern die Parteiführer einzeln zur vertraulichen Besprechung empfangen, um mit ihnen die politisch-parlamentarische Lage zu erörtern. Inzwischen werden die interfraktionellen Beirathungen zur Klärung der Lage fortgesetzt.

### Kaiser Karl an den Papst.

#### Die ablehnende Haltung des Verbandes.

Lugano, 21. September.

Das italienische Sozialistenblatt „Avanti“ veröffentlicht eine Mitteilung der „Agenzia Centrale“, wonach die Wiener Note am Mittwoch amtlich im Vatikan eingetroffen ist.

Der Note war ein Handschreiben Kaiser Karls beigelegt. Der Kaiser erinnert den Papst in seinem Briefe an die vom Vatikan bereits unternommenen Friedensschritte und versichert, daß die Mittelmächte vom besten Wünsche befeuert seien, den Konflikt zu beenden. Der Brief enthält jedoch keinerlei Andeutungen, in welchem Sinne die verschiedenen Fragen bei Verhandlungen gelöst werden könnten.

Das römische Blatt weiß weiter zu berichten, daß der Papst die Note und den Brief sehr aufmerksam gelesen, es jedoch vermieden habe, irgendeine Ansicht zu äußern.

#### Die deutschen Bischöfe an den Papst.

Der deutsche Gesamt-Episkopat hat beschlossen, in einer Eingabe an den Papst diesen zu bitten, den Friedensschritt der österreichischen Regierung mit seinem ganzen Einfluß zu unterstützen. Die bisherigen Bemühungen des Heiligen Stuhles in der Richtung, dem fürchterlichen Krieg ein Ende zu bereiten und einen gerechten Frieden herbeizuführen, fanden die bewundernde Anerkennung der zivilisierten Welt, und gerade jetzt werde das Eingreifen des Papstes von ganz besonderem Werte sein. Die Bischöfe schildern die schweren Folgen, die für die gesamte Kultur und nicht zuletzt auch für die Kirche in Erscheinung treten müssen, wenn der letzte Schritt zur Herbeiführung des Friedens wiederum erfolglos bleibt.

#### Amerikas Antwort.

Die amerikanische Antwort auf die Wiener Note, die von Lansing unterzeichnet ist, schließt mit den Worten:

Infektionskrankheiten. Pfl. für die Geschlossen Störungen über dem Raum, Anhaltende Pfl. Helium Pfl. über mit 4% Ertragsausfällen, Jettand und subventionierter Ort mit 30% Ausfall. Bei Wiedergabe und Jettand nach entsprechender Anzahl. Belanmachungen im amtlichen Teil (nur von 20000) die Spalte 20 Pfl. 20. Pfl. / Nachteilige und Offenerklärung 20 Pfl. 20 Pfl. / Telephonische Jettand-Ausgabe (nicht jedes Belanmachungen) auf. / Wagnisannahme bis 11 Uhr vormittags. / Jettandgebühren bei Launen 6 Pfl. / In die Belanmäßige Jettand. / Für das Belanmäßige der Angelegen an bestimmten Tagen und Fällen wird keine Gewähr geleistet. / Für die Belanmäßige 25% Ausfall von Jettand. / Die Belanmäßige und Jettandgebühren sind bei Belanmäßige können 20 Tagen Gültigkeit (keiner Jettand, gerichtliche Entscheidung, gerichtlichem Anhalten wird. / Jettandgebühren der Belanmäßige der Belanmäßige Preis. / Belanmäßige nicht früher annehmlich als Belanmäßige als Belanmäßige Belanmäßige werden darf, all es als vereinbart durch Annahme der Belanmäßige, falls nicht der Empfänger innerhalb 3 Tagen, vom Belanmäßige an, Widerspruch erhebt.

daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Anregung der österreichisch-ungarischen Regierung nur eine Antwort erteilen zu können glaubt; Sie hat wiederholt und mit polstem Freimuth die Bedingungen festgelegt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würden. Sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat.

#### Keine gemeinsame Antwort des Verbandes.

Reuter meldet: Da die österreichisch-ungarische Note nicht an die feindlichen Regierungen gemeinsam, sondern an jede einzeln gerichtet ist, hält man es für unabweislich, daß eine gemeinsame Antwort von Seiten der Alliierten gegeben werden wird. Die Haltung der verschiedenen Ententemächte bezüglich der österreichisch-ungarischen Note sei durch die Erklärung verantwortlicher Minister der europäischen Alliierten und durch den Präsidenten Wilson mit genügender Klarheit dargelegt worden.

#### Gegenströmungen in Frankreich.

Trotzdem die Besur äußerst streng gehandhabt wird, um den Eindruck zu erwecken, daß ganze Land strebe geschlossen hinter Clemenceau, legt das Blatt der Mehrheitspartei „Revue“ seinen Berfolgungsfeldzug fort und schreibt: „Die Zentralmächte haben jeder Art des offenen und maskierten Militarismus entlagt und sich zur Idee des Völkerbundes bekannt. Die Gelegenheit ist da, die Aufrichtigkeit der Zentralmächte auf die Probe zu stellen.“ Marcel Sembat bleibt dabei, daß eine motivierte ausführliche Antwort auf die Note zu wünschen sei.

#### Eine neutrale Kundgebung.

Genéve, 21. September.

Anlässlich des österreichisch-ungarischen Friedensangebotes haben das Komitee des katholischen Institutes für einen Verständigungsfrieden in Freiburg (Schweiz), das Initiativ-Komitee zugunsten eines dauernden Friedens in Genéve und die Frauensiga für den Frieden in Freiburg (Schweiz) im Namen von 40000 Unterschriften von Schweizern und Ausländern, die in einigen Tagen gesammelt wurden, folgende Kundgebung an die kriegführenden Regierungen und Völker gerichtet:

In Erwägung des Umstandes, daß eine kriegführende Partei vorschlägt, in Friedensverhandlungen einzutreten, ohne einen Waffenstillstand zu verlangen, daß die Zahl der Opfer an Toten, Verwundeten und Vermissten zehn Millionen zählt, daß Friedensbedürfnis sich bei allen Völkern mehr und mehr fühlbar macht, die Ziele, für die sowohl die eine wie die andere Gruppe der Kriegführenden zu kämpfen vorgibt, die gleichen sind, die Hoffnung auf einen Woffensting die Quelle allen Leidens ist, das künftige Glück und das Gedeihen der Völker nur auf einen Verständigungsfrieden und auf gegenseitigen Konzessionen aufgebaut werden kann, die Fortsetzung des Krieges die ganze Welt in moralischer und materieller Beziehung in den Abgrund führt, wenden wir uns in einem dringenden Aufruf an die Regierungen der Entente und bitten sie, die Note der österreichisch-ungarischen Regierung in Beratung zu geben und im Interesse der Menschlichkeit in Verhandlungen einzutreten. Derjenige, der sich weigert, eine Verständigung herbeizuführen, läßt vor Gott und den Menschen die schrecklichste Verantwortung auf sich.

### Eine neue Verschwörung in Rußland.

#### Reuternde russische Regimenter.

Moskau, 21. September.

In dem wichtigen Bahnhofsstandort Kozlow vor Woroneßch wurde eine weitverzweigte Verschwörung entdeckt, die von Vorhänden des Sowjet Javorow und dem Kriegskommissar Koruchowitsch geleitet wurde. Die sogenannte komete Kompanie der roten Armee trat zu den Verschwörern über.

Die Unterdrückung des Aufstandes ist im ganzen Kreise eingeleitet worden. Der Vorkauf hat dem Moskauer Sowjet Veranlassung gegeben, eine Untersuchung über die Zuverlässigkeit der einzelnen Unterbehörden anzustellen. Die Weutereien seien übrigens nicht vereinigt. Aus ganz Sibirien sind in Tschita russische Offiziere eingetroffen, die zu den tschechischen Regimentern kommandiert wurden, um dort die Ausbildung zu leiten.

#### Die Tschecho-Slowaken im Besitz der russischen Schätze.

Die russische Presse bringt jetzt nähere Einzelheiten über den in Kasan von den Tschecho-Slowaken gefohlenen Schatz. Danach sollen in Kasan nicht nur die dort vorhandene Goldmenge, sondern der ganze aus den Petersburger und Moskauer Banken konfiskierte Gold- und